

VERNEHMUNG DER UNIVERSITÄTSBÜROKRATIE
=====

Am Mittwoch, den 31. Januar 1968 soll laut "Einleitungsverfügung" die erste Vernehmung im Disziplinarverfahren gegen fünf Mitglieder des SDS stattfinden.

Die Vernehmung findet nicht statt, weil wir uns nicht vernehmen lassen. Die bestehende Disziplinarordnung ist schon lange überfällig. Nur noch die Ordinarien halten an ihr aus verständlichen Gründen fest.

Die Begründung der "Einleitungsverfügung" können wir beim besten Willen nicht als Begründung hinnehmen:

1. "Sie werden beschuldigt, entgegen dem ausdrücklichen Verbot des Rektors die Vorlesung von Professor Dr. Wenke am 11. Jan. 1968 besucht zu haben."
Das "ausdrückliche Verbot" des Rektors ist ausdrücklich rechtswidrig. Die Wenke-Vorlesung ist eine Vorlesung für Hörer aller Fakultäten. Wir schlagen vor, an unserer Stelle den Rektor zu vernehmen.
2. "Sie werden ferner beschuldigt, die Vorlesung durch lautes Rufen gestört zu haben.". Die Vorlesung fand aber gar nicht statt. Als etwa 400 Studenten nach dreimaliger Aufforderung nicht das Audimax verließen, ging Wenke und sein Assistent. Wir schlagen vor, Amtsrat Steffens zu vernehmen, der bei der damaligen Vorlesung als Vertreter des Rektors dabei stand. Obwohl er sah, daß keine Vorlesung stattfand, informierte er den Rektor überhaupt nicht oder falsch. Für beide Möglichkeiten ist eine Vernehmung fällig.

Weiterhin ist der Syndicus zu vernehmen: Er hat Auskunft über die Kommunikationswege zwischen Universitätsbürokratie und Verfassungsschutz/Politische Polizei zu geben. Weiterhin soll er uns über den ständigen Austausch von schwarzem Material zwischen Polizei und Universität berichten.

Für den Mittwoch, den 31. Jan. 1968 wollen wir uns auf die Vernehmung des Vernehmungsrichter Böttger beschränken.

KOMMT ALLE AM MITTWOCH
ZUR ERSTEN VERNEHMUNG VON BÖTTGER
INS HAUPTGEBÄUDE ZI 134,

12³⁰ !

ER SOLL AUSKUNFT GEBEN ÜBER DAS SCHWARZE MATERIAL
UND ÜBER DIE VERNEHMUNGSKANDIDATEN EHRLICHER,
STEFFENS UND SYNDICUS !

AUF ZUM HAUPTGEBÄUDE !

Für die SPD steht der Wahlkampf vor der Tür, Ruhnau will Bürgermeister von Berlin werden.
Um 3 Uhr morgens bestätigte sich die Vermutung: 60 Mannschaftswagen, 20 Streifenwagen und Jeeps umstellten
Nach mehrfacher Intervention des
teldigungsgerät. Einige Verletzte, Polizeiinsatz wie immer: Notstandsübung.
Innenstadt zu marschieren. Die Demonstration verlief ruhig und diszipliniert wie vorgesehen; man kehrte nach 2 Stunden zur Universität zurück.
In der vergangenen Woche, am Mittwoch, dem 5. Februar, eine Demonstration in die Innenstadt durch-